

Buben werden eher «Männerberufe» empfohlen

Eltern sind im Berufswahlprozess eine wichtige Unterstützung für Jugendliche. Eine Studie hat nun festgestellt, dass Mädchen bei der Wahl geschlechtsneutraler beraten werden als Jungs.



Bei der Berufswahl empfehlen Eltern ihren Söhnen eher männlich dominierte Berufe.

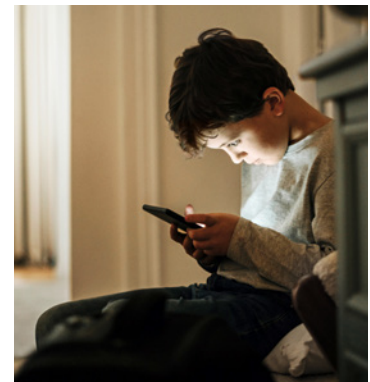
Gemäss Studie beraten Erwachsene ein Mädchen in der Berufswahl tendenziell eher geschlechtsneutral. Bei Buben werden aber signifikant häufiger männlich dominierte Berufe empfohlen. Die Studie hat die hypothetischen Berufsempfehlungen noch differenzierter untersucht. Dabei stellten die Forschenden fest, dass Väter allgemein männlich dominierte Berufe bevorzugen. Sie empfehlen diese tendenziell Söhnen sowie Töchtern. Bei Söhnen würden Mütter ebenfalls männlich dominierte Berufe bevorzugen. Je höher die Ausbildung der Eltern, desto geschlechtsneutraler beraten sie. Töchter werden laut Studie allgemein neutraler beraten.

Frauenförderung reicht nicht

Erwachsene wirken laut der Autorin und dem Autor der Studie als potenzielle Verstärker geschlechtstypischer Berufstrennungen. In Bezug auf den Fachkräftemangel folgern sie unter anderem, dass die Förderung von Frauen in klassischen Männerberufen allein nicht genüge. Für eine bessere Verteilung der Geschlechter auf alle Berufe brauche es Eltern, besonders Väter, die ihre Söhne auch ermutigen, weiblich dominierte Berufe zu erlernen. (pdi)

Wie stark beeinflussen Genderstereotypen die Unterstützung der Eltern in der Berufswahl? Diese Frage beschäftigte Schweizer Forschende, die für eine Studie fast 6000 Erwachsene befragt haben. In einem hypothetischen Szenario mit zwei möglichen Berufen wurden die Teilnehmenden gefragt, wie sie Sohn und Tochter beraten würden. Die Studie der Universität Bern und der schweizerischen Koordinationsstelle für Bildungsforschung trug überraschende Erkenntnisse zutage.

Neue App für Altersüberprüfung



Kinder sollen online besser geschützt werden.

Für den Schutz Minderjähriger im Internet hat die Europäische Union (EU) ein Jahr lang den Prototyp einer App zur Altersverifikation getestet. Nun sei die App bereit und stünde in Kürze zur Verfügung, sagte EU-Kommissarin Henna Virkkunen Mitte April gegenüber den Medien. «Das Internet muss für Kinder ein sicherer Ort werden, wo sie lernen und sich vernetzen können.» Der Fokus der App liegt besonders auf dem Schutz der Privatsphäre. Userinnen und User behalten laut Virkkunen mit dieser App die Kontrolle über ihre persönlichen Daten. Der digitale Alterscheck soll Erwachsenen den Zugang auf Websites mit pornografischen oder anderen Inhalten ermöglichen, die für Kinder nicht geeignet sind. Die App funktioniert auf allen Geräten, betont Virkkunen. EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen betonte, dass sich Plattformanbieter auf die Angaben der App verlassen könnten. Die EU habe nun ein einfaches und wirksames Tool zur Altersprüfung entwickelt. Es gebe keine Ausreden mehr, Jugendschutz nicht durchzusetzen. Plattformen, die diesen vernachlässigen, warnte sie vor Konsequenzen. Die technische Lösung steht auch Nicht-EU-Staaten offen und könnte somit künftig auch in der Schweiz verwendet werden. (pdi)

EDK

Martina Bircher im EDK-Vorstand

Die Nordwestschweizer Erziehungsdirektorenkonferenz hat die Aargauer Regierungsrätin Martina Bircher (SVP) in den Vorstand der Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektorinnen und -direktoren (EDK) gewählt. Die Wahl gilt rückwirkend per 1. Januar 2026. Sie übernimmt die Position der Baselbieter alt Regierungsrätin Monica Gschwind (FDP), die seit 2022 die Region im Vorstand der EDK vertrat. (pdi)

KANTON THURGAU

Votum gegen Frühfranzösisch

Der Kampf um die zweite Landessprache in der Primarschule geht in eine weitere Runde: Das Thurgauer Parlament hat sich Anfang April für die Abschaffung des Französischunterrichts ausgesprochen. Schülerinnen und Schüler sollen künftig erst ab Oberstufe Französischunterricht erhalten. Zurzeit ist dies im Thurgau ab der fünften Klasse der Fall. Mit 71 Ja- zu 48 Nein-Stimmen beauftragte das Parlament die Regierung,

eine neue gesetzliche Grundlage auszuarbeiten. Nach Zürich und St. Gallen ist Thurgau der dritte Kanton, der die Abschaffung beschlossen hat. Der Bundesrat kritisierte diese Entscheide. Sie verletzen das Verfassungsziel einer harmonisierten Schulbildung und gefährden den nationalen Zusammenhalt. Thurgau wollte bereits einmal ausscheren aus dem nationalen Sprachkompromiss. Schon 2017 stimmte das Kantonsparlament über die Abschaffung ab. Das Parlament entschied sich damals knapp für die Beibehaltung des Frühfranzösisch. (pdi)